

MATTHIAS WISSMANN

Wirtschaftspolitische Perspektiven des Standorts Deutschland

I.

Sehr geehrter Herr Dr. Theisen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
gerne bin ich der Einladung zu den 25. Bitburger Gesprächen gefolgt. Sie haben sich in den vergangenen Tagen intensiv mit den rechtlichen Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandorts Deutschland auseinandergesetzt. Ich möchte daher meinen Schlußvortrag auf die wirtschaftspolitischen Perspektiven konzentrieren.

Gegenwärtig vollziehen sich weltweit tiefgreifende politische und wirtschaftliche Umwälzungen. Das sich wandelnde europäische und weltwirtschaftliche Umfeld stellt den Wirtschaftsstandort Deutschland vor eine Vielzahl neuer, großer Herausforderungen. In erster Linie geht es um 4 Aktionsfelder:

1.

An erster Stelle steht der Aufbau der neuen Bundesländer. Über 40 Jahre Sozialismus haben in der früheren DDR ein ökonomisches und ökologisches Trümmerfeld hinterlassen. Die Bewältigung dieser Herausforderungen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in den kommenden Jahren absoluten Vorrang hat.

Art, Ausmaß und Dauer des Aufbauprozesses im Osten hängen auch entscheidend vom Wirtschaftswachstum im Westen ab. Im 10. Jahr eines ungebrochenen Wirtschaftsaufschwungs befindet sich die westdeutsche Wirtschaft in einer kritischen Phase. Die deutsche Volkswirtschaft droht in den weltweiten Sog konjunktureller Abschwächung zu geraten.

Unser oberstes Ziel muß daher lauten:

Den Abschwung der westdeutschen Wirtschaft auffangen und den Aufschwung im Osten weiter beschleunigen.

2.

Die zweite Herausforderung heißt Europäischer Binnenmarkt.

Am 1. Januar 1993 fiel der Startschuß für den größten Binnenmarkt der industrialisierten Welt. Die 12 Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft haben sich zu einer „Marktwirtschaft“ mit 340 Mio Verbrauchern und einem Bruttosozialprodukt von 10 Bio DM zusammengeschlossen.

Das Binnenmarktprogramm ist für die Unternehmen kein „Selbstläufer“, an dessen Ende gewissermaßen automatisch der Erfolg steht. Der gemeinsame Markt wird den Wettbewerb der Unternehmen erheblich verschärfen. Am Ende wird es nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer geben.

Auch auf die Regionen und Standorte kommen große Herausforderungen zu, wenn Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital europaweit verkehren. Mehr denn je muß sich der Wirtschaftsstandort Deutschland dem direkten Vergleich mit seinen europäischen Nachbarn stellen.

Deutsche Stärken liegen in

- einer hochentwickelten Infrastruktur,
- einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur,
- einer hervorragend qualifizierten Arbeitnehmerschaft
- und einem hohen Maß an wirtschaftlicher und politischer Stabilität.

Aber auch Standortschwächen sind nicht mehr zu übersehen. Nicht von ungefähr flossen in den zurückliegenden drei Jahren ausländische Direktinvestitionen der 7 größten Industrienationen nach

– Großbritannien	83 Mrd. Dollar
– Spanien	33 Mrd. Dollar
– Niederlande	20 Mrd. Dollar
– Bundesrepublik	10 Mrd. Dollar.

Selbst Japan lag trotz seiner starken Marktabschottung noch geringfügig über der Bundesrepublik.

Mit anderen Worten:

Die großen Investitionen in der EG von Drittstaaten sind weitgehend an Deutschland vorbeigegangen. Erschwerend kommt hinzu, daß Deutschland seit Beginn der 90er Jahre den höchsten Nettoabfluß an Investitionskapital aufweist. So standen im Jahre 1991 deutschen Auslandsinvestitionen in Höhe von 20,7 Mrd. Dollar lediglich 2,2 Mrd. Dollar Investitionen gegenüber, die vom Ausland nach Deutschland flossen.

3.

Auch außerhalb Europas wird der internationale Wettbewerb von Unternehmen und Standorten von Tag zu Tag schärfer. Die Weltwirtschaft befindet sich im Umbruch:

- Märkte werden immer globaler,
- Produktionen immer internationaler,
- Konkurrenz immer härter,
- technisches Wissen und Kapital immer mobiler.

Sieger werden nur die Volkswirtschaften sein, die für zukunftsorientierte Investitionen und Innovationen attraktiv sind. Die Industrie- und Exportnation Bundesrepublik muß sich diesem Wettbewerb wie kein zweites Land stellen.

Der Herausforderer heißt: Japan.

Bereits heute nimmt Japan in bedeutenden Industriebereichen eine wichtige, teilweise sogar marktbeherrschende Position ein:

- Bei der Autoproduktion, der Herstellung von Werkzeugmaschinen und in der Elektronik und Elektrotechnik liegt Japan an erster Stelle.
- Bei den modernen Informationstechnologien droht Europäern und Amerikanern die zunehmende Abhängigkeit von Japan.

Ein Beispiel hierfür sind Mikrochips, der Rohstoff der Zukunft. 90% der neuesten Mikrochips stammen aus japanischen Fabriken. Die Japaner unternehmen große Anstrengungen, um ihre Spitzenstellung weiter auszubauen. Sie konzentrieren sich dabei auf strategisch wichtige Schlüsselbereiche wie Automobilindustrie und Informationstechnik. Inzwischen stammt jedes 5. in den USA verkaufte Auto aus einem der 14 „Trans-Plants“, welche die Japaner in den Vereinigten Staaten aufgebaut haben. In Europa kommen bis Ende dieses Jahrzehnts 1,2 Mio Fahrzeuge japanischer Hersteller „Made in Europe“ auf den Markt.

Der „Wirtschaftsstandort Deutschland“ muß eine Antwort auf diese Herausforderungen finden, wenn er international wettbewerbsfähig bleiben will.

4.

Die vierte große Herausforderung für den Wirtschaftsstandort Deutschland liegt im Umweltbereich. Die ökologischen Altlasten und „Zeitbomben“ sozialistischer Mißwirtschaft in der früheren DDR sind eine schwere Hypothek für den Neuaufbau.

Hinzu kommen globale Bedrohungen unserer Existenzgrundlagen wie Treibhauseffekt, Ozonloch, Verschmutzung von Luft- und Weltmeeren und Vergiftung der Böden. Die ökologisch wirksame und ökonomisch effiziente Bewältigung dieser Herausforderungen stellt das vereinigte Deutschland vor höchste Anforderungen.

Eine Harmonisierung von Ökologie und Ökonomie wird nur gelingen, wenn auch im Umweltbereich die ganze Dynamik, Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft voll zur Geltung kommen kann.

Hierzu bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen für einen ökologisch orientierten Strukturwandel der Wirtschaft.

II.

1.

Die Antwort auf die großen Herausforderungen der kommenden Jahre kann in erster Linie nur eine unternehmerische sein. Auf den härteren Wettbewerb im EG-Binnenmarkt ist die deutsche Wirtschaft gut vorbereitet. Die zweite Hälfte der 80er Jahre brachte unserer Wirtschaft, insbesondere mittelständischen Industrieunternehmen, kräftige Umsatzzuwächse.

Insgesamt erzielten die deutschen Unternehmen zwischen 1986 und 1990 ein Umsatzwachstum von 26%. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich das Sachanlagevermögen um rd. 42%. Diese Anlagen sind in modernstes technisches Know-how geflossen. Es

kommt jetzt entscheidend darauf an, daß die Unternehmen den Europäischen Binnenmarkt als Chance zur Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und zur Erschließung neuer Märkte nutzen. Neue Chancen ergeben sich insbesondere für kleine und mittlere Firmen, deren Zugang zum EG-Binnenmarkt durch Handelsschranken bisher stark behindert war.

2.

Ungleich schwerer tun sich deutsche Unternehmen damit, den Wettbewerb mit Japan aufzunehmen. Die deutschen Unternehmen müssen von den globalen Strategien der Japaner lernen. Lean-production heißt eine der Herausforderungen. Mit dieser Technik haben die Japaner den gesamten Produktionszyklus von der Entwicklung bis zur Vermarktung revolutioniert. Mit kürzeren Rüstzeiten, besseren Qualitätskontrollen und höherer Wertschöpfung je Beschäftigten erzielen die Japaner sensationelle Erfolge. Um ein Produkt vergleichbarer Qualität zu erzeugen, braucht beispielsweise eine der modernsten europäischen Automobilfabriken (Daimler-Benz/Sindelfingen) viermal mehr Zeit als das japanische Pendant. Allein für den Bereich Qualitätssicherung und Nacharbeit muß in Europa mehr Zeit aufgewendet werden, als in der japanischen Fabrik für die Produktion selbst.

Uns muß ferner klar sein:

Japanische Erfolge lassen sich sicher nicht mit deutschen Wochenarbeits- und Betriebsnutzungszeiten erzielen. In beidem liegen wir am unteren Ende auf der Rangliste westlicher Industrieländer!

In vorderste Linie sind daher auch die Tarifparteien gefordert. Sie müssen flexiblen Arbeitszeitmodellen künftig Vorrang gegenüber weiteren pauschalen Verkürzungen der Wochenarbeitszeit geben.

3. a)

Die Perspektiven des Wirtschaftsstandorts Deutschlands hängen entscheidend davon ab, daß unsere Unternehmen auf möglichst vielen nationalen und internationalen Märkten ihre Wettbewerbsvorsprünge gegenüber Konkurrenten aus anderen Ländern behalten, ausbauen und neue mit dazugewinnen.

Der Umweltbereich ist ein solcher Markt, der wirtschaftlich zunehmend an Bedeutung gewinnt. Bereits heute bildet die Umwelttechnik einen der dynamischsten Wachstumsmärkte: Der Markt der Umweltindustrie einschließlich Dienstleistungen belief sich 1990 auf weltweit ca. 200 Mrd US-Dollar, davon OECD 145 Mrd US-Dollar, davon Europa 54 Mrd US-Dollar, davon Bundesrepublik Deutschland 16 Mrd. US-Dollar. Nach Schätzungen des Umweltbundesamtes hängen in Deutschland rd. 700 000 Arbeitsplätze von Umweltschutzmaßnahmen ab.

Die Prognosen für die weiteren Entwicklungen sind äußerst optimistisch – bis zum Jahr 2000 reale Steigerung des Marktvolumens in den OECD-Ländern um 50%; im EG-Bereich sogar Verdreifachung. Angesichts des ständig zunehmenden Umweltschutzniveaus im Westen und des gewaltigen Nachholbedarfs im Osten bieten die

Umweltmärkte faszinierende Perspektiven. Wer hier technisch an der Spitze liegt, hat in diesem Markt ausgezeichnete Chancen.

3. b)

Die Zukunft gehört Konzepten, die einen auf Vermeidung von Umweltbelastungen ausgerichteten technischen Fortschritt in Gang setzen. Ansatzpunkt hierfür sind sog. „integrierte“ Lösungen, die umweltbelastende Emissionen möglichst erst gar nicht entstehen lassen.

Die Grundidee dieser Form von Umweltschutz ist einfach; sie lautet: Vorsorge statt Nachsorge.

Die technische Umsetzung ist jedoch vielfach höchst anspruchsvoll. Beim produktionsintegrierten Umweltschutz werden alle chemischen, physikalischen und verfahrenstechnischen Möglichkeiten genutzt, mit dem Ziel der Vermeidung bzw. Reduzierung von umweltbelastenden Reststoffen im Prozeß sowie der Wiederverwertung von Reststoffen durch Recycling oder als Rohstoff für andere Produkte. Die vielen Anwendungen der modernen Schlüsseltechnologien beim „integrierten“ Umweltschutz ermöglichen ungeahnte Optimierungen des Umgangs mit Ressourcen. Der Phantasie sind dabei keine Grenzen gesetzt.

Sie reicht von der Realisierung einer „computerintegrierten Pflanzenproduktion“ in der Landwirtschaft, bei der Dünger und Pflanzenschutzmittel bedarfsgerecht und optimal aufgebracht werden bis hin zu PKW-Motoren, die durch elektronische Steuerung und Regelung nahezu emissionsfrei betrieben werden können.

3. c)

Auf dem Weg dorthin müssen freilich noch viele Hindernisse überwunden werden. Viele Unternehmer scheuen die hohen Anfangsinvestitionskosten integrierter Produktionsanlagen. Dabei wird vielfach übersehen, daß nachgeschaltete Umweltschutzmaßnahmen in aller Regel nur Kosten verursachen, während sich durch integrierte Maßnahmen die Betriebskosten senken und die Produktivität steigern lassen.

Ein geradezu spektakuläres Beispiel hierfür läßt sich aus Amerika anführen. Dort ist es einer Fotofirma durch integrierte Umweltschutzmaßnahmen gelungen, Filmentwicklerflüssigkeit zu 85% und Wasser zu 90% wiederzuverwenden, Bleichmittel um 90% zu reduzieren und das Silber in der Fixierlösung nahezu vollständig aus dem Abwasser zurückzugewinnen. Diese Maßnahmen haben 120 000 Dollar gekostet; Dem standen letztlich 1,5 Mio Dollar ersparte Aufwendungen für Silber gegenüber.

III.

Unsere Unternehmen können sich den Herausforderungen der Zukunft letztlich nur stellen, wenn hierfür die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen bzw. verbessert werden. Das ist Aufgabe des Staates. Hierbei gibt es verschiedene Handlungsebenen:

1.

Was den europäischen Integrationsprozeß angeht, so ist der Startschuß für den EG-Binnenmarkt ein wichtiges Etappenziel, bei dem wir jedoch nicht stehenbleiben dürfen. Die europäische Gemeinschaft wird in den kommenden Jahren vor gewaltige Herausforderungen gestellt. Dazu zählen Fragen des Umweltschutzes ebenso wie die Bewältigung der Asyl- und Flüchtlingsströme oder die Überwindung der Folgen des Ost-West-Gegensatzes – um nur einiges zu nennen.

Diese Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn die Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft im Innern und nach außen wesentlich gestärkt wird. Unser zentrales Ziel bleibt daher die politische Einigung Europas.

Der Maastrichter-Vertrag trägt bei aller Unvollkommenheit den Kern einer zukünftigen politischen Ordnung Europas in sich, die den großen Herausforderungen gewachsen sein kann. Aus deutscher Sicht ist dabei die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik von herausragender Bedeutung. Der schreckliche Krieg im früheren Jugoslawien, mitten in Europa, hat uns erneut drastisch vor Augen geführt, wie wichtig diese Ziele sind.

Die Verträge von Maastricht zur Wirtschafts- und Währungsunion knüpfen im Dienste jener politischen Dimension dort an, wo die Integration in Europa schon am weitesten fortgeschritten ist, nämlich der festen gegenseitigen Einbindung und Verflechtung unserer nationalen Volkswirtschaften.

Mit anderen Worten:

Die Wirtschafts- und Währungsunion wird zwangsläufig dazu führen, daß die Mitgliedstaaten auch auf anderen zentralen Politikfeldern zu gemeinsamen politischen Lösungen bereit sind. Deshalb ist es so wichtig, daß Deutschland alle Anstrengungen unternimmt, um die strengen „Konvergenzkriterien“ für den Eintritt in die Endstufe der Wirtschafts- und Währungsunion zu erfüllen.

Gegenwärtig ist dies nur bei 3 Mitgliedstaaten der EG (Frankreich, Dänemark, Luxemburg) der Fall. Der Maastrichter-Vertrag setzt daher die Mitgliedstaaten schon heute unter den „heilsamen Zwang“, Stabilitätspolitik und solide Haushaltspolitik betreiben zu müssen. Auch die Bundesrepublik Deutschland muß noch erhebliche wirtschafts- und finanzpolitische Konsolidierungsanstrengungen unternehmen, um an der Währungsunion teilnehmen zu können.

2.

Mindestens ebenso wichtig ist der Grundkonsens aller Mitgliedstaaten über die weitere wirtschaftspolitische Ausrichtung der Gemeinschaft. Gerade hierüber bestehen nach wie vor erhebliche Meinungsverschiedenheiten.

Die EG steht hier an einem Scheideweg: Die einen wünschen weitreichende industriepolitische Kompetenzen für Brüssel. Dahinter steht letztlich die Vorstellung, unsere Wirtschaft hinter der „Festung Europa“ vor dem Ansturm japanischer Unternehmen schützen und zur Gegen-Offensive rüsten zu können. Für andere – allen voran die Bundesrepublik – ist die wettbewerbliche Ausrichtung einer nach innen wie außen

offenen Gemeinschaft unverzichtbarer Bestandteil der künftigen Wirtschafts- und Währungsunion.

Direkte staatliche Hilfen an Unternehmen sowie Marktzugangsschranken in Form von Kontingenten, Selbstbeschränkungsabkommen und Local-Content-Auflagen lehnen wir entschieden ab. Industriepolitisch-protektionistische Maßnahmen führen zu einseitigen Verzerrungen des internationalen Wettbewerbs.

Die Folgen sind

- protektionistische Gegenmaßnahmen,
- Verlagerung des Wettbewerbsdrucks auf Drittmärkte sowie
- Verzicht auf internationale Arbeitsteilung und Spezialisierung.

Handelsströme würden zunehmend nicht mehr von Unternehmen in Märkten, sondern von Bürokraten in internationalen Konferenzen festgelegt. Bürokratenwirtschaft anstelle von Marktwirtschaft wäre das Ende des freien, multilateralen Welthandels. Dies kann sich die Exportnation Bundesrepublik nicht leisten. Aber auch die Europäische Gemeinschaft ist nicht groß genug, um auf die Vorteile des freien Welthandels verzichten zu können.

Deshalb müssen wir für die gesicherte wettbewerbliche Ausrichtung der Wirtschafts- und Währungsunion offensiv eintreten.

IV.

Im Bereich der nationalen Wirtschaftspolitik steht die Standortsicherung eindeutig im Vordergrund. Hierzu müssen alle Akteure der Wirtschaftspolitik – Gewerkschaften, Unternehmen und Politik – einen substantiellen Beitrag leisten. Die Zeiten ordnungspolitischer „Lippenbekenntnisse“ und verteilungspolitischer „Einkaufslisten“ sind angesichts der ersten Lage zu Ende. Es gilt jetzt alle Wachstumskräfte zu mobilisieren, um das Wirtschaftswachstum wieder in Gang zu bringen bzw. zu beschleunigen. Dabei geht es um ein ganzes „Maßnahmenbündel“ zur Standortsicherung:

1.

An erster Stelle steht die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen; sie ist eine zentrale Voraussetzung für weiteres Wirtschaftswachstum. Drastische Einsparungen, Ausgabenbegrenzungen und Umschichtungen müssen jetzt Vorrang vor Steuern, Abgaben und weiterer Staatsverschuldung erhalten.

2.

An zweiter Stelle steht die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmensinvestitionen. Die deutsche Wirtschaft ist hier gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten deutlich im Nachteil. Die Bundesregierung hat daher einen Entwurf zur Reform der Unternehmensbesteuerung vorgelegt, mit dem die steuerlichen

Rahmenbedingungen durch ein „Standortsicherungsgesetz“ deutlich verbessert werden sollen.

Die wichtigsten Eckpunkte der Reform sind:

- Die Senkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne von 50% auf 44%,
- die Senkung des Körperschaftsteuersatzes für ausgeschüttete Gewinne von 36% auf 30%,
- die Begrenzung des Einkommensteuertarifs für gewerbliche Einkünfte auf 44% sowie
- die Aussetzung von Gewerkekapital- und Vermögensteuer in den neuen Ländern um ein weiteres Jahr bis Ende 1995 sowie
- die Einführung einer eigenkapitalschonenden Ansparabschreibung für kleine und mittlere Betriebe.

Angesichts der angespannten Haushaltslage soll die Reform durch die Streichung von Vergünstigungen und Sonderabschreibungen gegenfinanziert werden. Ich halte dies angesichts der kritischen Konjunkturlage für nicht unproblematisch, zumal die deutschen Abschreibungsmöglichkeiten im internationalen Vergleich einen echten Standortvorteil darstellen.

Wir werden daher im weiteren Gesetzgebungsverfahren prüfen, inwieweit nicht wettbewerbsverzerrende Subventionen (z. B. im Kohlebereich) zur Gegenfinanzierung herangezogen werden können.

3.

Ein weiteres Schwergewicht muß auf den Abbau von Investitionshemmnissen in ganz Deutschland gelegt werden. Zum bedeutendsten Investitionshindernis hat sich dabei die Lohn- und Tarifpolitik entwickelt. Der „Standort Deutschland“ kann es sich nicht mehr leisten, überzogene Lohn- und Tarifforderungen mit steigender Arbeitslosigkeit und sinkendem Wirtschaftswachstum zu bezahlen. Den Tarifparteien kommt daher für die weitere konjunkturelle Entwicklung die „Schlüsselrolle“ zu. Es ist von herausragender gesamtstaatlicher Bedeutung, daß die Tarifparteien im Rahmen der Gespräche zum „Solidarpakt“ den Weg für eine moderate und flexible Tarif- und Lohnpolitik in den kommenden Jahren freimachen.

Konkret bedeutet dies: Die Tarifparteien müssen die Steigerung von Löhnen und Gehältern künftig wieder an der Entwicklung der Produktivität orientieren. Dies gilt besonders für die neuen Bundesländer. Dort lagen die Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 1992 um nahezu 75% über dem westdeutschen Niveau. Eine solche Lohnkostenexplosion ist gleichbedeutend mit Arbeitsplatzvernichtung.

Wir brauchen darüber hinaus eine Tarifpolitik, die erheblich stärker den regionalen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes, einer größeren Lohndifferenzierung und der beruflichen Qualifikationen der Arbeitskräfte Rechnung trägt. Hierzu zählen insbesondere ein stärker branchen- und regionalspezifisch orientiertes Tarifvertragssystem, die Möglichkeit, von Tarifregelungen durch Betriebsvereinbarungen abzuweichen sowie die Zulassung privater und gemeinnütziger Arbeitsvermittlungsmöglichkeiten.

4.

Eine Politik, die auf eine Stärkung der Wachstumskräfte gerichtet ist, muß den Staat wieder auf den eigentlichen Kern seiner Aufgaben zurückführen: Dabei wird neben Deregulierung und Entbürokratisierung der gesamte Bereich der Privatisierung eine zentrale Rolle spielen. Dabei geht es nicht nur um die Privatisierung bundesdeutscher Staatsbetriebe und Unternehmensbeteiligungen. Wir brauchen vielmehr eine breit angelegte Entstaatlichungspolitik, die sämtliche Bereiche des öffentlichen Sektors in Bund, Ländern und Gemeinden auf den „Prüfstand“ stellt.

Die Privatisierung staatlicher Aufgabenbereiche hat auch große Bedeutung für die Entlastung der öffentlichen Haushalte. Die Monopolkommission rechnet bei durchgreifender Privatisierung mit Erlösen in der Größenordnung eines dreistelligen Milliardenbetrages. Die Privatisierungspotentiale sind groß. Ein bisher weitgehend ungenutztes Potential liegt dabei im gesamten Bereich der Infrastruktur (z. B. Abwasserbeseitigung, Personennahverkehr, Autobahnen).

5. a)

Ein letzter Punkt, der verdeutlicht, wie wichtig es ist, den „Standort Deutschland“ auf die globalen Herausforderungen einzustellen, ist die Abgabenlast im Umweltbereich.

In der Tat: 21 Mrd DM umweltschutzbedingte Investitionen der deutschen Industrie allein im Jahre 1990 können sich sehen lassen. Für sich gesehen ist das freilich kein Standortnachteil.

Umweltschutz

- steigert die Akzeptanz von Wirtschaftswachstum,
- vermeidet ökologische Folgekosten,
- schafft Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze durch Umwelttechnologien.

Trotzdem: Wir dürfen die „Schraube nicht überdrehen“.

Wir müssen stärker als bisher marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz zur Geltung bringen. Das Spektrum von Möglichkeiten, die Dynamik der Marktwirtschaft im Umweltbereich zur Geltung zu bringen, geht über den Bereich von Steuern und Abgaben weit hinaus: Es reicht von Kompensationslösungen bei Bildung von Sanierungsgemeinschaften über freiwillige Vereinbarungen und haftungsrechtliche Regelungen bis hin zur Einrichtung einer „Umweltbörse“ für den Handel mit Emissionszertifikaten.

Steuern und Abgaben dürfen demgegenüber nur „ultima ratio“ sein.

5. b)

Darüber hinaus müssen wir künftig verstärkt die Leistungspotentiale der deutschen Wirtschaft für die Erforschung, Entwicklung und den Einsatz „integrierter“ Umweltschutzanlagen mobilisieren.

Hierzu bedarf es in erster Linie wirtschaftlicher Anreize, mit denen die Entwicklung und der Einsatz vorsorgender Umwelttechniken jedenfalls solange gefördert wird, bis

der ökologische Strukturwandel der Wirtschaft in Gang gekommen ist. Das Spektrum denkbarer Förderinstrumente ist weit. Dazu zählen insbesondere

- Forschungs-, Entwicklungs- und Existenzgründungsprogramme für kleine und mittlere Unternehmen mit entsprechender ökologischer Ausrichtung,
- steuerliche Anreize (z. B. Sonderabschreibungen) für Investitionen in vorsorgenden Umweltschutz sowie
- eine Vorrangstellung für „integrierte“ Umweltschutzanlagen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

V.

1.

Gestatten Sie mir zum Abschluß noch einige Worte über den Stand und die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern.

Der Tiefpunkt der gesamtwirtschaftlichen Produktion dürfte wohl durchschritten sein. Die Bauwirtschaft übernimmt die Schrittmacherrolle für wirtschaftlichen Aufschwung:

- Die Auftragsengpässe boomen.
- Die Zahl der Baufirmen wächst, erste Engpässe bei Fachkräften.

In Handel, Handwerk, Freien Berufen und sonstigen Dienstleistungen ist eine beachtliche Gründungswelle in Gang gekommen: Seit Anfang 1990 (netto) rd. 530 000 Gewerbeanmeldungen. Die Privatisierung staatlicher Unternehmen durch die Treuhand macht große Fortschritte. Über 10 400 Privatisierungen sowie Investitionszulagen von rd. 160 Mrd DM und Beschäftigungszusagen für 1,3 Mio Arbeitnehmer zeigen den Erfolg. Die Förderprogramme der Bundesregierung finden große Resonanz (allein hinter Anträgen im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung steht ein Investitionsvolumen von 86 Mrd DM). Westdeutsche Unternehmen haben 1992 schätzungsweise 45 Mrd DM und damit 70% mehr als im Vorjahr investiert. Der Auf- und Ausbau der Infrastruktur kommt sichtbar voran.

2.

Trotz der Fortschritte beim Umstrukturierungsprozeß und Verbesserungen in einzelnen Bereichen kann von einem selbsttragenden Aufschwung noch nicht gesprochen werden. Aus der Sicht von Investoren hat der Standort Ostdeutschland nach wie vor große Nachteile:

- unzureichende Infrastruktur,
- lange Planungs- und Genehmigungsverfahren,
- ungeklärte Eigentumsfragen sowie
- personelle und ökologische Altlasten.

Darüber hinaus nimmt die Bedeutung ursprünglich angesehener Standortvorteile der neuen Länder (niedrige Lohnkosten, Marktzugang zu Osteuropa) zunehmend ab.

3.

Zu dem eingeleiteten marktwirtschaftlich orientierten Strukturwandel gibt es jedoch keine Alternative.

Private Investoren haben als einzige die notwendigen Kenntnisse, ihre Produkte auf den Märkten konkurrenzfähig abzusetzen und so wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen oder bestehende zu sichern. Legitime Aufgabe des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft ist es jedoch, strukturelle Anpassungsprozesse in wirtschaftlichen Krisenregionen zeitlich zu strecken und sozial abzufedern. Solche Maßnahmen dürfen aber kein Freibrief für Dauersubventionen sein. Einzelne Regionen Ostdeutschlands sind von den großen Privatisierungsfällen besonders betroffen. Hier müssen durch eine Bündelung wirtschafts-, struktur- und sozialpolitischer Maßnahmen Zukunftsperspektiven eröffnet werden. Unser Ziel ist dabei, industrielle Kernbereiche möglichst zu erhalten.

Vorrangige Aufgabe bleibt jedoch die Schaffung neuer tragfähiger und rentabler Arbeitsplätze durch öffentliche und vor allem private Investitionen. Insgesamt betrug das Gesamtvolumen öffentlicher und privater Investitionen gegenüber 72 Mrd DM 1991 im vergangenen Jahr rd. 110 Mrd DM.

Allerdings gilt auch: pro Einwohner waren die Investitionen 1991 mit etwa 4.500 DM nur halb so hoch wie in Westdeutschland (pro Erwerbstätigem gerechnet mit rd. 10000 DM etwa 55% des Westniveaus). Erforderlich wären aber eigentlich über 100%, um einen modernen Kapitalstock aufbauen zu können.

4.

Notwendige wirtschaftspolitische Maßnahmen dafür sind:

- die mittelfristige Fortführung der Investitionsförderung, um ein Präferenzgefälle für Investitionen in den neuen Bundesländern über einen genügend langen Zeitraum aufrechtzuerhalten;
- längerfristige Fortsetzung des Ausbaus der Infrastruktur (insbes. durch stärkere Nutzung von Privatisierungsmöglichkeiten zur Erstellung bzw. Betreibung von Infrastruktur) sowie
- eine Fortsetzung der Privatisierung und – soweit erfolgversprechend – Sanierung von Unternehmen durch die Treuhandanstalt auf hohem Niveau.

5.

Die Anpassung der Lebensverhältnisse wird länger dauern und teurer werden als bei der Wiedervereinigung gedacht.

Die neuen Bundesländer bringen aber unabhängig von der Dauer des Anpassungsprozesses für den künftigen Standortwettbewerb in Europa gute Ausgangsbedingungen mit:

- großes Potential hochqualifizierter Arbeitskräfte,
- breite industrielle Tradition,

- Aufbau einer modernen Infrastruktur und
- die zentrale Lage in Europa.

VI.

Die Hauptgefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland liegt in einer Überforderung durch zu weit gesteckte Ansprüche an Unternehmen und Staat. Es besteht die Gefahr, daß die kommenden Jahre von Verteilungskämpfen geprägt werden. Die Erfüllung wachstums-, stabilitäts- und strukturpolitisch notwendiger Aufgaben könnte dadurch Schaden leiden, so daß Deutschland nicht in der Lage wäre, gleichzeitig dem Aufbau in den neuen Bundesländern, der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und internationalen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Wir Deutschen müssen uns daher wieder auf die Stärken besinnen, die uns nach dem 2. Weltkrieg zu einer der größten Industrienationen der Welt geführt haben. Gelingt uns das, bietet der Wirtschaftsstandort Deutschland an der „Nahtstelle“ zusammenwachsender Märkte in West und Ost faszinierende Perspektiven.